

# **BVGer E-2831/2022 vom 10. Februar 2023**

Bundesverwaltungsgericht, 2023-02-10, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger\\_E-2831\\_2022](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_E-2831_2022)

FR: TAF E-2831/2022 du 10 février 2023

IT: TAF E-2831/2022 del 10 febbraio 2023

## **Regeste**

Vollzug der Wegweisung (Wiedererwägung)

## **Erwägungen**

### **E. 1.1**

Gemäss Art. 31 VGG beurteilt das Bundesverwaltungsgericht Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 VwVG. Das SEM gehört zu den Behörden nach Art. 33 VGG und ist daher eine Vorinstanz des Bundesverwaltungsgerichts. Eine das Sachgebiet betreffende Ausnahme im Sinn von Art. 32 VGG liegt nicht vor. Nachdem Wiedererwägungsentscheidungen gemäss Lehre und Praxis grundsätzlich wie die ursprüngliche Verfügung auf dem ordentlichen Rechtsmittelweg weitergezogen werden können, ist das Bundesverwaltungsgericht für die Beurteilung der vorliegenden Beschwerde zuständig. Es entscheidet auf dem Gebiet des Asyls – in der Regel und auch vorliegend – endgültig (Art. 105 AsylG; Art. 83 Bst. d Ziff. 1 BGG).

E-2831/2022 Seite 6

### **E. 1.2**

Das Verfahren richtet sich nach dem VwVG, soweit das VGG und das AsylG nichts anderes bestimmen (Art. 37 VGG und Art. 6 AsylG).

### **E. 1.3**

Die Beschwerde ist frist- und formgerecht eingereicht worden. Die Beschwerdeführerin hat am Verfahren vor der Vorinstanz teilgenommen, ist durch die angefochtene Verfügung besonders berührt und hat ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung beziehungsweise Änderung. Sie ist daher zur Einreichung der Beschwerde legitimiert (Art. 105 und Art. 108 Abs. 6 AsylG; Art. 48 Abs. 1 sowie Art. 52 Abs. 1 VwVG). Auf die Beschwerde ist unter Vorbehalt von E. 3 einzutreten.

### **E. 2**

Die Kognition des Bundesverwaltungsgerichts und die zulässigen Rügen richten sich im Asylbereich nach Art. 106 Abs. 1 AsylG, im Bereich des Ausländerrechts nach Art. 49 VwVG (vgl. BVGE 2014/26 E. 5).

### **E. 3**

Die Dispositivziffern 1 und 2 der Verfügung der Vorinstanz vom 10. Dezember 2021 betreffend Nichteintreten auf das Asylgesuch und Verfügung der Wegweisung wurden im Beschwerdeverfahren E-5554/2021 nicht angefochten und sind in Rechtskraft erwachsen. Die Beschwerde vom 17. Dezember 2021 richtete sich ausschliesslich gegen den angeordneten Vollzug der Wegweisung (a.a.O. E. 2.1). Mit dem Wiedererwägungsgesuch

wurden ebenfalls nur Wegweisungsvollzugshindernisse geltend gemacht, weshalb die angefochtene Verfügung vom 3. Juni 2022 sich zurecht auch darauf beschränkte. Folglich kann vorliegend nur der Wegweisungsvollzug Gegenstand des Beschwerdeverfahrens bilden. Entsprechend ist auf das Rechtsbegehren 1, es sei auf das Asylgesuch der Beschwerdeführerin ein- zutreten und das Asylverfahren sei in der Schweiz durchzuführen, nicht einzutreten.

#### **E. 4**

Das Wiedererwägungsverfahren ist im Asylrecht spezialgesetzlich geregelt (vgl. Art. 111b ff. AsylG). Ein entsprechendes Gesuch ist dem SEM innert 30 Tagen nach Entdeckung des Wiedererwägungsgrundes schriftlich und begründet einzureichen (Art. 111b Abs. 1 AsylG). In seiner praktisch relevantesten Form bezweckt das Wiedererwägungs- gesuch die Änderung einer ursprünglich fehlerfreien Verfügung an eine nachträglich eingetretene erhebliche Veränderung der Sachlage (vgl. BVGE 2014/39 E. 4.5 m.w.H.).

E-2831/2022 Seite 7 Die Vorinstanz hat den Anspruch der Beschwerdeführerin auf Behandlung ihres Wiedererwägungsgesuchs nicht in Abrede gestellt. Im vorliegenden Beschwerdeverfahren ist somit zu prüfen, ob die Vorinstanz in zutreffender Weise das Bestehen von Wiedererwägungsgründen verneint und an ihrer ursprünglichen Verfügung vom 10. Dezember 2021 festgehalten hat, wobei praxisgemäss der sich präsentierende Sachverhalt im Urteilszeitpunkt massgebend ist.

#### **E. 5.1**

Soweit die Beschwerdeführerin eine unvollständige Sachverhaltsfest- stellung rügt, indem die Vorinstanz in ihrer Verfügung nicht auf die verän- derte Praxis des Bundesverwaltungsgerichts im Referenzurteil E-3427/2021, E-3431/2021 eingegangen sei, ist festzuhalten, dass die Vor- instanz in der Vernehmlassung der veränderten Situation für Schutzbe- rechtigte in Griechenland Rechnung trägt. Sie äusserte sich ausführlich zum Wegweisungsvollzug nach Griechenland mit Blick auf das Referenz- urteil und erachtet diesen als zumutbar. Eine sachgerechte Anfechtung war denn auch möglich, wie die vorliegende Beschwerde zeigt. Die Vorinstanz hat den rechtserheblichen Sachverhalt somit korrekt und vollständig fest- gestellt.

#### **E. 5.2**

Die formelle Rüge erweist sich angesichts dieser Sachlage als unbe- gründet, weshalb keine Veranlassung besteht, die angefochtene Verfü- gung aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuweisen. Das entsprechende Rechtsbegehren ist somit abzuweisen.

#### **E. 6.1**

Im Wiederwägungsgesuch vom 27. April 2022 beruft sich die Be- schwerdeführerin auf eine wesentliche Veränderung der Sachlage seit der Verfügung der Vorinstanz vom 10. Dezember 2021 und dem Urteil E-5554/2021, da sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert habe und sie zwischenzeitlich an psychischen Problemen leide.

#### **E. 6.2**

In ihrem Wiedererwägungsentscheid führt die Vorinstanz aus, die me- dizinische Versorgung in Griechenland für Personen mit Schutzstatus sei gewährleistet. Griechenland habe die Richtlinie 2011/95/EU des europäi- schen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 (Qualifikations- richtlinie), welche unter anderem die Ansprüche von

Personen mit internationalem Schutzstatus regle, umgesetzt. Dies gelte insbesondere für die Stadt B. \_\_\_\_\_, wohin die Beschwerdeführerin bei einer Rückkehr überstellt werden würde. Ihre medizinische Behandlung könne in Griechenland

E-2831/2022 Seite 8 fortgesetzt werden. Ihre medizinischen Probleme seien nicht von einer derartigen Schwere und insbesondere mit Blick auf die benötigten Behandlungen nicht derart spezifisch, dass eine Verletzung von Art. 3 EMRK drohe. Darüber hinaus habe sie keine konkreten Hinweise dafür vorgebracht, dass ihr Griechenland eine notwendige medizinische Behandlung verweigert habe oder zukünftig verweigern würde. Es sei nachvollziehbar, dass sich bei gewissen Personen eine suizidale Tendenz bemerkbar mache, wenn auf deren Asylgesuch nicht eingetreten und die Wegweisung aus der Schweiz angedroht werde. Es wäre aber stossend, wenn sie durch Berufung auf eine tatsächlich oder vermeintliche Selbstmordgefahr die Behörden zum Einlenken zwingen könnten. Der Umstand, dass ihr eine Rückkehr nach Griechenland schwerfallen möge und diese sie psychisch belastete, begründe kein Anrecht auf Anwesenheit in der Schweiz. Ihrem aktuellen Gesundheitszustand werde bei der Überstellung nach Griechenland Rechnung getragen, indem die Vorinstanz die griechischen Behörden vor der Überstellung über ihren Gesundheitszustand und die notwendige Behandlung informiere. Ihre in der Schweiz lebende Schwester gehöre nicht zur Familie im Sinne von Art. 8 EMRK. In Griechenland habe sie lediglich drei Monate mit ihrer Schwester zusammengelebt. Danach sei ihre Schwester in die Schweiz gereist, was nicht darauf schliessen lasse, dass ein tatsächliches Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Schwester bestehe. Zwar habe noch eine zweite Schwester in Griechenland gelebt, diese sei jedoch nach Deutschland ausgereist und sie sei alleine in Griechenland zurückgeblieben. Die Abhängigkeit zu ihrer Schwester in der Schweiz sei nicht derart einschneidend, als dass eine Abweichung von der ordentlichen Zuständigkeit angezeigt sei.

### **E. 6.3**

Die Beschwerdeführerin bringt vor, das Bundesverwaltungsgericht gehe im Referenzurteil E-3427/2021 und E-3431/2021 weiterhin davon aus, dass der Wegweisungsvollzug nach Griechenland für anerkannte Schutzberechtigte zulässig und grundsätzlich zumutbar sei. Es erachte jedoch den Wegweisungsvollzug von äusserst vulnerablen schutzberechtigten Personen, wie beispielsweise unbegleitete Minderjährige oder Personen, deren psychische oder physische Gesundheit in besonders schwerwiegender Weise beeinträchtigt sei, grundsätzlich als unzumutbar, ausser es würden besonders begünstigende Umstände bestehen, aufgrund derer ausnahmsweise von der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs ausgegangen werden könne. Gemäss den ärztlichen Berichten handle es sich bei ihr um eine äusserst vulnerable Person, die auf eine engmaschige, psychotherapeutisch-medikamentöse Behandlung und auf eine sichere Um-

E-2831/2022 Seite 9 gebung angewiesen sei. Beides sei in Griechenland nicht gegeben und begünstigende Faktoren seien nicht erkennbar. Aufgrund ihrer schweren Erkrankung und ohne die unentbehrliche Unterstützung ihrer Schwester würde sie in Griechenland in eine soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Notlage geraten.

### **E. 6.4**

In ihrer Vernehmlassung räumte die Vorinstanz ein, gemäss Referenzurteil E-3427/2021 und E-3431/2021 sei der Vollzug der Wegweisung nach Griechenland nach wie vor zumutbar. Das Bundesverwaltungsgericht habe in diversen Urteilen, die Einzelpersonen mit

einer PTBS und zum Teil depressiven Episoden betrafen, die Wegweisung nach Griechenland mit Bezug auf das Referenzurteil bestätigt. Die benötigten Medikamente seien in Griechenland erhältlich und Personen mit Schutzstatus hätten wie griechische Staatsangehörige Zugang zu medizinischer Versorgung. Zudem habe das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil von zwei alleinstehenden Frauen in einer ähnlichen Situation wie die der Beschwerdeführerin die Wegweisung nach Griechenland ebenfalls bestätigt. Die beiden Frauen würden auch an einer PTBS, einer schweren depressiven Episode und an Angststörungen leiden und über Familienangehörige in der Schweiz verfügen, welche nicht zur Kernfamilie gehören würden. Die gesundheitlichen Beschwerden der beiden Frauen seien nicht von einer derartigen Schwere, welche eine Verletzung von Art. 3 EMRK zur Folge hätten. Ebenso stünden ein Suizidversuch oder suizidale Tendenzen dem Wegweisungsvollzug nicht entgegen. Ausserdem würde auch kein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den beiden Frauen und deren Eltern und Bruder in der Schweiz vorliegen (vgl. Urteil des BVGer D-651/2022 und D-656/2022 vom 30. Juni 2022). Dem aktuellen Gesundheitszustand der Beschwerdeführerin werde bei der Organisation der Überstellung nach Griechenland Rechnung getragen. Sie habe sich zudem bereits (...) Jahre in Griechenland aufgehalten. Es sei daher davon auszugehen, dass sie in Griechenland Hilfeleistungen erhalten habe.

#### **E. 6.5**

In ihrer Replik entgegnet die Beschwerdeführerin im Wesentlichen, ihre gesundheitlichen Probleme seien als schwerwiegende Erkrankung einzustufen, womit die Regelvermutung der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs nicht gegeben sei. Besonders günstige Umstände lägen nicht vor, so dass der Vollzug der Wegweisung unzumutbar sei.

#### **E. 7.1**

Ist der Vollzug der Wegweisung nicht zulässig, nicht zumutbar oder nicht möglich, so regelt das SEM das Anwesenheitsverhältnis nach den

E-2831/2022 Seite 10 gesetzlichen Bestimmungen über die vorläufige Aufnahme (Art. 44 AsylG; Art. 83 Abs. 1 AIG [SR 142.20]).

#### **E. 7.2**

Der Vollzug ist nicht zulässig, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz einer Weiterreise der Ausländerin oder des Ausländers in den Heimat-, Herkunfts- oder einen Drittstaat entgegenstehen (Art. 83 Abs. 3 AIG). Der Vollzug der Wegweisung kann nach Art. 83 Abs. 4 AIG unzumutbar sein, wenn der Ausländer oder die Ausländerin im Heimat- oder Herkunftsstaat auf Grund von Situationen wie Krieg, Bürgerkrieg, allgemeiner Gewalt und medizinischer Notlage konkret gefährdet ist. Der Vollzug ist nach Art. 83 Abs. 2 AIG nicht möglich, wenn die Ausländerin oder der Ausländer weder in den Heimat- oder in den Herkunftsstaat noch in einen Drittstaat ausreisen oder dorthin gebracht werden kann.

#### **E. 7.3**

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich im Referenzurteil E-3427/2021, E-3431/2021 vom 28. März 2022 einlässlich mit der Situation in Griechenland auseinandergesetzt und an seiner bisherigen Rechtsprechung festgehalten, wonach der Vollzug der Wegweisung nach Griechenland für Personen, die dort einen Schutzstatus erhalten haben, grundsätzlich zulässig ist. In Griechenland ist nicht von einer Situation auszugehen, in der jeder Person

mit Schutzstatus eine unangemessene und erniedrigende Behandlung im Sinne von Art. 3 EMRK droht. Trotz der schwierigen Verhältnisse geht das Gericht davon aus, dass schutzberechtigte Personen grundsätzlich in der Lage sind, ihre existenziellen Bedürfnisse abzudecken (a.a.O. E. 11.2). An dieser Einschätzung vermag auch die von der Beschwerdeführerin eingereichte Zusammenfassung der SFH zum Referenzurteil E-3427/2021, E-3431/2021 nichts zu ändern.

#### **E. 7.4**

Gestützt auf Art. 83 Abs. 5 AIG besteht ferner die Vermutung, dass eine Wegweisung in einen EU- oder EFTA-Staat in der Regel zumutbar ist (a.a.O. E. 11.3). Die Legalvermutung der Zumutbarkeit des Vollzugs der Wegweisung gilt bezüglich Griechenland grundsätzlich auch für vulnerable Personen, wie zum Beispiel Schwangere oder Personen, die an gesundheitlichen Problemen leiden, die nicht als schwerwiegende Erkrankung einzustufen sind (vgl. a.a.O. E. 11.5.1).

#### **E. 7.5**

Es obliegt der betroffenen Person, diese Legalvermutungen umzustossen. Dazu hat sie ernsthafte Anhaltspunkte dafür vorzubringen, dass die Behörden im konkreten Fall das Völkerrecht verletzen, ihr nicht den notwendigen Schutz gewähren oder sie menschenunwürdigen Lebensumständen aussetzen würden respektive, dass sie in Griechenland aufgrund

E-2831/2022 Seite 11 von individuellen Umständen sozialer, wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Art in eine existenzielle Notlage geraten würde (vgl. a.a.O. E. 11.4).

#### **E. 8.1**

Die Beschwerdeführerin hat in Griechenland einen subsidiären Schutzstatus erhalten. Als Schutzberechtigte kann sie sich auf die Garantien der Qualifikationsrichtlinie berufen (insbesondere die Regeln betreffend den Zugang zu Beschäftigung [Art. 26], zu Bildung [Art. 27], zu Sozialhilfeleistungen [Art. 29], zu Wohnraum [Art. 32] und zu medizinischer Versorgung [Art. 30]), auf die sich Griechenland als EU-Mitgliedstaat behaften lassen muss. Aufgrund der Akten liegen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sie für den Fall einer Rückkehr nach Griechenland dort mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer nach Art. 3 EMRK oder Art. 1 FoK verbotenen Strafe oder Behandlung ausgesetzt wäre. Es ist unbestritten, dass die Lebensbedingungen in Griechenland schwierig sind; dennoch ist unter diesen Umständen im heutigen Zeitpunkt nicht von einem «real risk» auszugehen, dass sie bei einer Rückkehr nach Griechenland einer menschenrechtswidrigen Behandlung ausgesetzt wäre. Auch unter Berücksichtigung der Schwächen des griechischen Aufnahmesystems vermag die bloße Möglichkeit, in nicht absehbarer Zeit aus nicht voraussehbaren Gründen in eine missliche Lebenssituation zu geraten, die einer Aussetzung einer existenziellen Notlage und andauernden menschenrechtswidrigen Behandlung gleichkäme, die hohe Schwelle zu einem entsprechenden «real risk» nicht zu erreichen.

#### **E. 8.2.1**

Gemäss Praxis des EGMR kann der Vollzug der Wegweisung eines abgewiesenen Asylsuchenden mit gesundheitlichen Problemen im Einzelfall einen Verstoss gegen Art. 3 EMRK darstellen; hierfür sind jedoch ganz aussergewöhnliche Umstände Voraussetzung (vgl. Urteil Paposhvili gegen Belgien vom 13. Dezember 2016, 41738/10, § 183).

#### **E. 8.2.2**

Gemäss dem im Rahmen des Wiedererwägungsgesuchs erstellten Arztbriefes vom 20. April 2022 und den auf Beschwerdeebene eingereichten aktuellsten Arztbriefen vom 20. Juni 2022 und 28. Juni 2022 wurde bei der Beschwerdeführerin eine (...) mit (...) und eine mindestens (...) sowie eine (...) festgestellt. Es lägen (...) vor. Daraus resultiere eine ausgeprägte (...) und (...). Zudem sei bei einer Rückschaffung nach Griechenland von einem sehr hohen (...) auszugehen. Sie befindet sich in einer langfristigen (...) mit (...) in einmal wöchentlicher Frequenz und erhält (...). Gemäss

E-2831/2022 Seite 12 dem aktuellsten Arztbrief habe eine leichte Stabilisierung der Symptomlage erreicht werden können.

### **E. 8.2.3**

Der aktuelle Gesundheitszustand der Beschwerdeführerin ist bedauerlich. Von einem gravierenden Krankheitsbild, welches die Annahme der Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs im Sinne der oben zitierten Rechtsprechung rechtfertigen würde, kann indessen nicht ausgegangen werden. Im Übrigen verpflichtet Art. 3 EMRK einen Konventionsstaat grundsätzlich nicht dazu, bei einer Konfrontation mit suizidalen Neigungen von einer zu vollziehenden Weg- oder Ausweisung Abstand zu nehmen. Solange der Konventionsstaat Massnahmen ergreift, um die Umsetzung der Suiziddrohung zu verhindern, vermag die Ausschaffung nicht gegen Art. 3 EMRK zu verstossen (vgl. den Unzulässigkeitsentscheid des EGMR vom 7. Oktober 2004 i.S. D. und andere gegen Deutschland, Nr. 33743/03, angeführt in Entscheidungen und Mitteilungen der Schweizerischen Asyl- rekurskommission [EMARK] 2005 Nr. 23 E. 5.1 S. 212). Auch gemäss konstanter Praxis des Bundesverwaltungsgerichts können Suiziddrohungen für sich alleine den Vollzug einer Wegweisung nicht in Frage stellen, solange konkrete Massnahmen zur Verhütung der Umsetzung einer Drohung getroffen werden (vgl. statt vieler das Urteil des BVGer D-2644/2021 vom 28. Januar 2022 E. 7.3.4.6, vgl. auch die Rechtsprechung des Bundesgerichts: Urteil des BGer 2C\_856/2015 vom 10. Oktober 2015 E. 3 m.w.H., BGE 139 II 393 E. 5.2.2). Allenfalls weiterhin bestehenden oder sich gar akzentuierenden suizidalen Tendenzen ist im Hinblick auf einen zwangsweisen Wegweisungsvollzug durch geeignete medizinische Massnahmen und Betreuung entgegenzuwirken.

### **E. 8.2.4**

Die Beschwerdeführerin bringt vor, ein Vollzug der Wegweisung stelle eine Verletzung des Rechts auf Familienleben dar, da sie dadurch von ihrer in der Schweiz lebenden Schwester, von welcher sie abhängig sei, getrennt würde. Wie im Urteil E-5554/2021 und im Wiedererwägungsentscheid bereits festgestellt wurde, lässt sich aus Art. 8 EMRK kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz ableiten, da die Schwester der Beschwerdeführerin nicht in die Kernfamilie fällt und auch kein besonderes Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihr und ihrer Schwester besteht. Aufgrund der im Wiedererwägungsverfahren geltend gemachten gesundheitlichen Probleme ist nicht ersichtlich, dass sie auf die persönliche Pflege und Betreuung durch ihre Schwester angewiesen wäre. Die Beschwerdeführerin kann sich demnach nicht auf Art. 8 EMRK berufen.

E-2831/2022 Seite 13

### **E. 8.2.5**

Nach dem Gesagten liegen keine konkreten Hinweise vor, dass die Beschwerdeführerin im Falle ihrer Rückkehr nach Griechenland einer un- menschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne von Art. 3 EMRK ausgesetzt wäre. Der Vollzug der Wegweisung verstösst auch nicht gegen eine andere völkerrechtliche Verpflichtung der Schweiz und erweist sich somit als zulässig.

### **E. 8.3**

Betreffend die Zumutbarkeit des Vollzugs der Wegweisung ist mit der Vorinstanz festzustellen, dass Griechenland an die Qualifikationsrichtlinie gebunden ist. Auch wenn eine adäquate Eingliederung der Beschwerdeführerin in die sozialen Strukturen Griechenlands als Person mit internati- onalem Schutzstatus mit nicht zu verkennenden Erschwernissen verbun- den ist, vermögen ihre Vorbringen die hohen Anforderungen an eine kon- krete Gefährdung nicht zu erfüllen. Bei der Beschwerdeführerin handelt es sich um eine (...) -jährige Frau, welche bereits (...) Jahre in Griechenland verbracht hat (vgl. elektronische SEM-Akten [...] - 20/3 S. 1). Mit ihrer in der Schweiz lebenden Schwester hielt sie sich in Griechenland höchstens we- nige Monate gemeinsam auf, da diese bereits am 10. Juli 2020 ein Asylge- such in der Schweiz stellte. Gemäss ihren eigenen Angaben war sie in Griechenland nicht obdachlos, auch nicht, als sie alleine in Griechenland zurückblieb, nachdem auch ihre zweite Schwester ausgereist war (vgl. elektronische SEM-Akten [...] - 26/2). Auch unter Berücksichtigung ihrer psychischen Beschwerden darf von ihr erwartet werden, sich bei Unterstüt- zungsbedarf an die griechischen Behörden zu wenden und die erforderli- che Hilfe nötigenfalls auf dem Rechtsweg einzufordern. Nichtregierungsor- ganisationen können ihr in dieser Hinsicht behilflich sein. Aus den Akten geht nicht hervor, dass sie wiederholt aktiv um Hilfe bei den griechischen Behörden oder Hilfsorganisationen ersucht hätte oder ihr – insbesondere hinsichtlich der Unterbringungsmöglichkeiten – dauerhaft Unterstützung verweigert worden wäre. Zudem ist nicht ersichtlich, dass sie rechtlich ge- gen eine allfällige Verweigerung von Unterstützungsleistungen vorgegan- gen wäre.

#### **E. 8.4.1**

In Bezug auf den Gesundheitszustand der Beschwerdeführerin ist festzustellen, dass gemäss konstanter Praxis aus medizinischen Gründen nur dann auf Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs zu schliessen ist, wenn eine notwendige medizinische Behandlung im Zielstaat nicht zur Ver- fügung steht und die Rückkehr zu einer raschen und lebensgefährdenden Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes der betroffenen Person füh-

E-2831/2022 Seite 14 ren würde. Dabei wird als wesentlich die allgemeine und dringende medi- zinische Behandlung erachtet, welche zur Gewährleistung einer men- schenwürdigen Existenz absolut notwendig ist. Unzumutbarkeit liegt jeden- falls noch nicht vor, wenn im Zielstaat eine nicht dem schweizerischen Standard entsprechende medizinische Behandlung möglich ist (vgl. BVGE 2011/50 E. 8.3, 2009/52 E. 10.1, 2009/51 E. 5.5, 2009/28 E. 9.3.1, 2009/2 E. 9.3.2).

#### **E. 8.4.2**

Aufgrund der gestellten Diagnosen kann nicht geschlossen werden, die Beschwerdeführerin sei auf eine dringende medizinische Behandlung angewiesen, welche zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Exis- tenz notwendig ist. Entgegen der Auffassung in der Beschwerde sind ihre medizinischen Leiden nicht als schwerwiegende Erkrankung im

Sinne des Referenzurteils E-3427/2021, E-3431/2021 einzustufen. Es handelt sich hauptsächlich um psychische Probleme, die im Übrigen darauf hindeuten, dass sie im Anschluss an ihre Beschwerde, welche mit Urteil E-5554/2021 abgewiesen wurde, aufgetreten sind; zuvor hatte sie keine psychischen Beschwerden geltend gemacht. Nach der Praxis des Gerichts stehen ihre psychischen Probleme dem Vollzug der Wegweisung nicht entgegen. Zudem wird davon ausgegangen, dass Behandlungsangebote, insbesondere für psychische Störungen, in Griechenland verfügbar sind (vgl. D-651/2022 und D-656/2022 E. 6.4.2.1, E. 7.1.2 f.; Urteile des BVGer D-1988/2022 vom 6. Mai 2022 E. 6.8; E-4013/2021 vom 29. August 2022 E. 7.4.2). Bei der Beschwerdeführerin handelt es sich somit nicht um eine besonders vulnerable Person, für die sich der Wegweisungsvollzug grundsätzlich als unzumutbar erweisen würde. Sie hatte in Griechenland Zugang zur Gesundheitsversorgung. Es ist weder dargetan noch ersichtlich, inwiefern es ihr bei einer Rückkehr nicht möglich sein sollte, eine griechische Sozialversicherungsnummer zu beantragen, welche Zugang zum griechischen Gesundheits- und Versicherungswesen gewährt. Zudem haben in lebensbedrohlichen Situationen alle Personen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, in Griechenland Zugang zu Notfallstationen (vgl. Referenzurteil a.a.O., E. 9.8.2). Bei dieser Sachlage besteht kein Anlass zur Einholung individueller Garantien betreffend adäquate Unterbringung und Zugang zu medizinischer Versorgung (vgl. statt vieler Urteil des BVGer E-319/2021 vom 27. Januar 2021 E. 5.5 m.H.).

#### **E. 8.4.3**

Dass ein unausweichlich bevorstehender Wegweisungsvollzug bei den damit konfrontierten ausländischen Personen zu einer nicht unerheblichen psychischen Belastung führt, ist nachvollziehbar. Vorliegend könnte

E-2831/2022 Seite 15 für die Zeit vor und während der Rückreise nach Griechenland einer allfälligen zeitweiligen Verschlechterung des psychischen Zustandes der Beschwerdeführerin medikamentös und mit einer persönlichen Betreuung begegnet werden. Die mit dem Vollzug der Wegweisung beauftragten schweizerischen Behörden werden sodann die griechischen Behörden vor der Durchführung der Wegweisung über die besonderen medizinischen Bedürfnisse der Beschwerdeführerin zu informieren und diesen Umständen bei der Bestimmung geeigneter Vollzugsmodalitäten Rechnung zu tragen haben. Die Beschwerdeführerin ist ihrerseits gehalten, bei der Vorbereitung ihrer Rückkehr mit den Vollzugsbehörden zu kooperieren. Es steht ihr auch frei, von den Möglichkeiten der Rückkehrhilfe Gebrauch zu machen (vgl. Art. 93 Abs. 1 Bst. d AsylG, Art. 75 der der Asylverordnung 2 vom

#### **E. 8.4.4**

Insgesamt ist nicht davon auszugehen, die Beschwerdeführerin gerate bei einer Rückkehr nach Griechenland in eine ihre Existenz gefährdende Situation. Zur Vermeidung von Wiederholungen kann im Übrigen auf die Erwägungen in der angefochtenen Verfügung und der Vernehmlassung verwiesen werden. Damit ist der Vollzug der Wegweisung auch zumutbar.

#### **E. 8.5**

Nachdem die griechischen Behörden einer Rückübernahme der Beschwerdeführerin ausdrücklich zugestimmt haben, ist der Vollzug der Wegweisung auch möglich (Art. 83 Abs. 2 AIG).

### **E. 8.6**

Zusammenfassend hat die Vorinstanz den Wegweisungsvollzug zu Recht als zulässig, zumutbar und möglich bezeichnet. Eine Anordnung der vorläufigen Aufnahme fällt somit ausser Betracht (Art. 83 Abs. 1–4 AIG). 9. Nach dem Gesagten hat die Vorinstanz zu Recht das Vorliegen einer wiedererwägungsrechtlich relevanten Veränderung der Aktenlage verneint. Die Beschwerde ist abzuweisen. Mit dem vorliegenden Urteil fällt der am 30. Juni 2022 angeordnete Vollzugsstopp und die am 5. Juli 2022 angeordnete aufschiebenden Wirkung dahin. 10. Bei diesem Ausgang des Verfahrens wären die Kosten der Beschwerdeführerin aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG). Da das Gesuch um unentgeltliche Prozessführung mit Instruktionsverfügung vom 5. Juli 2022 gemäss Art. 65 Abs. 1 VwVG gutgeheissen wurde und sich aus den Akten

E-2831/2022 Seite 16 keine Veränderung ihrer finanziellen Verhältnisse ergibt, sind keine Verfahrenskosten zu erheben. (Dispositiv nächste Seite)

E-2831/2022 Seite 17

### **E. 9**

Nach dem Gesagten hat die Vorinstanz zu Recht das Vorliegen einer wiedererwägungsrechtlich relevanten Veränderung der Aktenlage verneint. Die Beschwerde ist abzuweisen. Mit dem vorliegenden Urteil fällt der am 30. Juni 2022 angeordnete Vollzugsstopp und die am 5. Juli 2022 angeordnete aufschiebenden Wirkung dahin.

### **E. 10**

Bei diesem Ausgang des Verfahrens wären die Kosten der Beschwerdeführerin aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG). Da das Gesuch um unentgeltliche Prozessführung mit Instruktionsverfügung vom 5. Juli 2022 gemäss Art. 65 Abs. 1 VwVG gutgeheissen wurde und sich aus den Akten keine Veränderung ihrer finanziellen Verhältnisse ergibt, sind keine Verfahrenskosten zu erheben. (Dispositiv nächste Seite)

### **E. 11**

August 1999 [AsylV 2, SR 142.312]).

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.